

Der Landtag forderte den Landesverweser auf, beim Fürsten die Einstellung des Ausmarschbefehls zu erlangen. Von Hausen musste sich geschlagen geben. Der Fürst hob den Ausmarschbefehl auf und die Mannschaft wurde vorerst beurlaubt,³⁷¹ eine weitere Einberufung durch den Bund war nicht zu erwarten, da sich der Krieg durch die Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli bereits zugunsten Preussens entschieden hatte.

Doch das österreichische Kriegsministerium beharrte auf der einmal gegebenen Zusage des Fürsten an den Kaiser und forderte den Einsatz des liechtensteinischen Kontingents in Tirol.

Diesmal ging man aber vorsichtiger vor.³⁷² Der Fürst erklärte sich von vorneherein bereit, für die Kosten des Unternehmens persönlich aufzukommen, und er sagte seinen Besuch in Liechtenstein an. Am 18. Juli traf er hier ein und inspizierte das Kontingent. Auch legte v. Hausen dem Landtag ein Schreiben³⁷³ des Bundesgesandten v. Linde vor, aus dem hervorzugehen schien, dass der Ausmarsch durch einen Bundesbeschluss gedeckt sei. In Wirklichkeit handelte es sich um eine geschickt verklausulierte Verdrehung des Bundesgesandten, welche der Landtag nicht durchschaute. Ein weiterer Widerstand schien dem Landtag aussichtslos und am 26. Juli rückte das Kontingent nach Tirol ab.³⁷⁴ Die Liechtensteiner wurden dann am Stilsfer Joch eingesetzt, ohne noch in Kämpfe verwickelt zu werden. Am 4. September 1866 trafen sie wieder zu Hause ein.³⁷⁵

Eine ganz neue politische Situation war in Mitteleuropa entstanden. Der Deutsche Bund hatte aufgehört zu bestehen. Auch für Liechtenstein bestand keine Bundespflicht mehr, ein Militärkontingent zu unterhalten. Trotzdem brachte die Regierung nochmals einen Gesetzesantrag über die Rekrutenausbildung für die Jahre 1867 und 1868 ein, doch verweigerte der Landtag einstimmig seine Zustimmung zu einer weiteren Truppenaushebung.³⁷⁶

Mit einer Verfügung vom 12. 2. 1868 zog daraus auch der Fürst die Konsequenz und sah von einer weiteren Unterhaltung eines Militär-Kontingents ab. Wir stellen fest, dass die Volksvertretung, sei es der «Landrat» im Jahre 1849, sei es der Landtag

1866, sich gegen eine Teilnahme des liechtensteinischen Truppenkontingents an militärischen Aktionen gestellt hat. Den massgeblichen Einfluss zu dieser Haltung hatte Karl Schädler als Landrats- bzw. Landtagspräsident ausgeübt.

Für den Arzt Dr. Karl Schädler war die Erstellung eines Spitals in Liechtenstein von jeher ein Wunschbild gewesen. Die ersten diesbezüglichen Pläne gehen allerdings schon auf Landvogt Pokorny³⁷⁷ zurück, der in einem Bericht an den Fürsten am 31. Juli 1829 anregte, ein Vorratsmagazin für Getreide zu errichten und unter dem Schüttboden Zimmer für Kranke und Arme zu erstellen. In der fürstlichen Antwort wird zwar die Errichtung des «Körner-Armenfonds» genehmigt, jedoch ohne Kranken- und Armenzimmer. Für diese wäre, wenn nötig, ein abgesondertes Armen- bzw. Krankenhaus «anderwärts» zu errichten. Der Gedanke wurde aber nicht weiter verfolgt.^{377a}

Als dann i. J. 1842 das Armengesetz geschaffen und 1845 der Armenfond gegründet wurde, wurde in einer fürstlichen Verordnung die Idee eines Spitalbaues wieder aufgegriffen,³⁷⁸ da der Armenfond

363) Schädler, Landtag, S. 115 ff.

364) Geiger, S. 371.

365) Geiger, S. 372, Schädler, Geschichtliche Entwicklung, S. 47.

366) Paragraph 23 der Verfassung.

367) A. Schädler, Landtag, S. 103.

368) Geiger, S. 384.

369) Geiger, S. 387, LLA Landtagsakten 1866.

370) Geiger, S. 387, LLA Landtagsakten 1866.

371) Geiger, S. 388, Anm. 269.

372) Geiger, S. 388.

373) Geiger, S. 389, LLA RE 1866/1141 Nr. 12, Schreiben von Lindes 4. Juli 1866, Schädler, Landtag, JbL 1, S. 137.

374) Jos. Ospelt, Feldzug 1866, JbL 24, S. 48 ff.

375) Geiger, S. 392, Anm. 287.

376) Schädler, Landtag, JbL 1, S. 142. Geiger, S. 397/398.

377) Excerpt aus dem LLA von Dr. A. Schädler, FamARh Sch.

377a) Siehe auch Martin Risch, Die Armenpflege im Wandel der Zeit, L. Vo. III, 10. 9. 1955.

378) 20. Oktober 1845, A. Schädler, Landtag I, S. 141.